

Overwegende dat de internationale standaard betreffende de lijst van de verboden stoffen en methoden voor het jaar 2020, door het uitvoerend comité van het Wereld Anti-Doping Agentschap op 23 september 2019 werd aangenomen en op 1 januari 2020 in werking moet treden voor alle ondertekenaars van de Wereld Anti Doping Code;

Overwegende dat de NADO van de Franse Gemeenschap krachtens artikel 5, derde lid, van het voornoemde decreet van 20 oktober 2011, ondertekenaar van de Code is, in de zin van artikel 23.1.1 van de Code;

Overwegende dat de voormelde lijst van de verboden stoffen en methoden vervolgens door de conferentie van de Partijen bij de Unesco werd aangenomen, overeenkomstig de procedure bedoeld in artikel 34.2 van de internationale conventie tegen het dopinggebruik in de sport, gesloten in Parijs op 19 oktober 2005;

Overwegende dat die lijst, voor de Staten die partij zijn, op 1 januari 2020 in werking moet treden, overeenkomstig artikel 34.3 van de voornoemde internationale conventie tegen het dopinggebruik in de sport, gesloten in Parijs op 19 oktober 2005;

Overwegende dat dit ministerieel besluit bijgevolg op 1 januari 2020 in werking moet treden en dat vóór die datum zowel de rechtszekerheid als de volmaakte informatie aan sporters moeten worden gewaarborgd betreffende de stoffen en methoden die als dopingproducten moeten worden beschouwd en, bijgevolg, vanaf 1 januari 2020, als verboden stoffen en methoden moeten worden beschouwd,

Besluit :

Artikel 1. De lijst van de verboden stoffen en methoden, bedoeld in artikel 7 van het decreet van 20 oktober 2011 betreffende de strijd tegen doping, wordt bij dit besluit gevoegd.

Art. 2. Dit besluit treedt in werking op 1 januari 2020.

Brussel, 10 december 2019.

De Minister van Sport,
V. GLATIGNY

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2019/204910]

14. OKTOBER 2019 — Dekret zur Anerkennung von Assistenztieren und über die Zugangsrechte zu öffentlichen Orten von Personen in Begleitung eines Assistenztieres

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1 - Gegenstand

Vorliegendes Dekret regelt die Anerkennung von Assistenztieren und die daraus folgende Bezuschussung sowie die Zugangsrechte der in Artikel 9 erwähnten Personen zu öffentlichen Orten im Sinne von Artikel 9 § 1 Absatz 1.

Art. 2 - Personenbezeichnungen

Personenbezeichnungen im vorliegenden Dekret gelten für alle Geschlechter.

Art. 3 - Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Dekrets versteht man unter:

1. Assistenztier: ein Tier, das ausgebildet worden ist oder sich noch in der Ausbildung befindet, mit dem Ziel, eine Person mit Unterstützungsbedarf zu begleiten und in ihrer Selbstständigkeit zu unterstützen, und als solches gemäß Artikel 4 anerkannt worden ist;

2. Person mit Unterstützungsbedarf: einen Nutznießer im Sinne von Artikel 3 Nummer 3 des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;

3. Assistenztrainer: eine Person, die eine Zulassung gemäß Artikel 7 vorweisen kann;

4. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben.

Art. 4 - Anerkennung von Assistenztieren

Ein Assistenztier gilt als solches anerkannt, wenn:

1. es bei der Person mit Unterstützungsbedarf lebt;

2. es von einem Assistenztrainer entsprechend dem Unterstützungsbedarf der Person mit Unterstützungsbedarf ausgebildet worden ist;

3. ihm durch den Assistenztrainer eine Bescheinigung ausgestellt worden ist, die es als Assistenztier identifiziert.

Art. 5 - Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung als Assistenztier

Zur Aufrechterhaltung der Anerkennung als Assistenztier sind folgende Bedingungen einzuhalten:

1. Das Assistenztier erfüllt die in Artikel 4 Nummer 1 festgelegte Bedingung.

2. Das Assistenztier absolviert jährlich gemeinsam mit der Person mit Unterstützungsbedarf eine durch den Assistenztrainer organisierte Eignungsprüfung und besteht diese.

Art. 6 - Verfall der Anerkennung als Assistenztier

Die Anerkennung als Assistenztier verfällt in folgenden Fällen:

1. Die Dienststelle stellt im Rahmen einer Bedarfsermittlung fest, dass die Person mit Unterstützungsbedarf keine Assistenz durch ein Assistenztier mehr benötigt.
2. Die Person mit Unterstützungsbedarf verstirbt und das Tier lebt weiter bei der Familie dieser Person.
3. Das Assistenztier erfüllt nicht mehr die in Artikel 5 festgelegten Bedingungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung.

Der Verfall der Anerkennung hat das Erlöschen der in Artikel 9 aufgeführten Zugangsrechte zur Folge.

Art. 7 - Zulassung als Assistenztrainer

§ 1 - Die Zulassung als Assistenztrainer wird von der Dienststelle ausgestellt.

Die Regierung legt Folgendes fest:

1. die Zulassungsbedingungen als Assistenztrainer;
2. das Zulassungsverfahren;
3. das Verfahren zum Entzug der Zulassung als Assistenztrainer.

§ 2 - Die Zulassung als Assistenztrainer, die von einer anderen belgischen oder ausländischen hierzu ermächtigten Behörde ausgestellt wurde, ist der in Paragraph 1 Absatz 1 erwähnten Zulassung gleichgestellt.

Art. 8 - Bezuschussung eines Assistenztieres

Die Dienststelle bezuschusst die Nutzung eines Assistenztieres, wenn:

1. sie für eine Person in Anwendung des Dekrets vom 13. Dezember 2016 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben einen Unterstützungsbedarf feststellt;
2. dieser Unterstützungsbedarf durch die Unterstützung eines Assistenztieres beantwortet werden kann.

Die Bezuschussung umfasst in diesem Fall mindestens das Training sowie die medizinische Versorgung des Assistenztieres.

Die Regierung legt die Höhe der Bezuschussung und die Bezuschussungsmodalitäten fest.

Art. 9 - Zugangsrechte

§ 1 - Personen mit Unterstützungsbedarf und Assistenztieren, die im Rahmen ihrer Unterstützungsaufgabe Personen mit Unterstützungsbedarf begleiten, ist Zugang zu öffentlichen Orten, und insbesondere zu öffentlichen Gebäuden, zu öffentlichen oder privaten Orten und Transportmitteln, die zur Nutzung durch die Allgemeinheit bestimmt sind, sowie zum Arbeitsplatz, zu gewähren.

Die Gewährung des in Absatz 1 erwähnten Zugangs kann nicht von der Zahlung einer zusätzlichen Gebühr abhängig gemacht werden, es sei denn, letztere wird als Gegenleistung einer gesonderten, wirtschaftlich bezifferbaren Dienstleistung verlangt.

§ 2 - Paragraph 1 gilt auch für die Assistenztrainer im Rahmen der Ausbildung des Assistenztieres.

§ 3 - In Abweichung von Paragraph 1 kann der Zugang zu den in Paragraph 1 erwähnten Orten eingeschränkt werden aufgrund:

1. dahingehender gesetzlicher, dekretaler oder verordnungsrechtlicher Bestimmungen;
2. einer für die betroffenen Örtlichkeiten geltenden besonderen Regelung begründet durch Hygiene- und Sicherheitsanforderungen oder einer Anforderung für die öffentliche Gesundheit.

Die in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Einschränkungen sind nur dann zulässig, wenn es sich um Bereiche handelt, die spezifisch für medizinisch-technische und pflegerische Tätigkeiten vorgesehen sind, die zur Verarbeitung von Nahrungsmitteln dienen oder die generell nur ohne Schuhe betreten werden.

Die Einschränkungen müssen sichtbar vor den betroffenen Bereichen ausgewiesen werden.

Art. 10 - Strafbestimmung

Jede Person, die einer Person mit Unterstützungsbedarf oder einem Assistenztrainer in Begleitung eines Assistenztieres den Zugang zu einem öffentlichen Ort in Ermangelung einer durch Artikel 9 § 3 gerechtfertigten Abweichung oder Einschränkung verweigert, wird mit einer Gefängnisstrafe von einem Monat bis zu einem Jahr und einer Geldbuße von 50 Euro bis 1.000 Euro oder mit nur einer dieser Strafen bestraft.

Art. 11 - Beschwerden

Alle Personen mit Unterstützungsbedarf, alle Familienmitglieder und alle Assistenztrainer, die sich durch die Nichteinhaltung der Bestimmungen dieses Dekrets geschädigt fühlen, können eine Beschwerde bei der in Artikel 12 des Dekrets vom 19. März 2012 zur Bekämpfung bestimmter Formen von Diskriminierung erwähnten Stelle einreichen, die für die Untersuchung und Weiterverfolgung sorgt.

Art. 12 - Kontrolle der Verwendung der Zuschüsse

Die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse erfolgt gemäß den Bestimmungen des Gesetzes vom 16. Mai 2003 zur Festlegung der für die Haushaltspläne, die Kontrolle der Subventionen und die Buchführung der Gemeinschaften und Regionen sowie für die Organisation der Kontrolle durch den Rechnungshof geltenden allgemeinen Bestimmungen.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das
Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Eupen, den 14. Oktober 2019

O. PAASCH

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen

A. ANTONIADIS

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen

I. WEYKMANS

Die Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung, Forschung und Erziehung

Sitzungsperiode 2019-2020

Nummerierte Dokumente: 22 (2019) Nr. 1 Dekretentwurf

22 (2019-2020) Nr. 2 Abänderungsvorschlag

22 (2019-2020) Nr. 3 Bericht

22 (2019-2020) Nr. 4 Vom Plenum des Parlaments

verabschiedeter Text

Ausführlicher Bericht: 14. Oktober 2019 - Nr. 4 Diskussion und Abstimmung

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2019/204910]

14 OCTOBRE 2019. — Décret portant reconnaissance des animaux d'assistance et relatif à l'accessibilité aux lieux publics pour les personnes accompagnées d'un animal d'assistance

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1^{er}. Objet

Le présent décret règle la reconnaissance des animaux d'assistance et le subventionnement qui en découle, ainsi que les droits d'accès aux lieux publics au sens de l'article 9, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, des personnes mentionnées à l'article 9.

Art. 2. Qualifications

Dans le présent décret, les qualifications s'appliquent à tous les sexes.

Art. 3. Définitions

Pour l'application du présent décret, il faut entendre par :

1° animal d'assistance : tout animal qui a été dressé ou est en cours de dressage dans le but d'accompagner une personne dépendante et de l'aider dans son autonomie, et qui a été reconnu comme tel conformément à l'article 4;

2° personne dépendante : tout usager au sens de l'article 3, 3°, du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

3° instructeur : toute personne qui peut présenter un agrément au sens de l'article 7;

4° Office : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée.

Art. 4. Reconnaissance des animaux d'assistance

Un animal d'assistance est reconnu comme tel si :

1° il vit chez la personne dépendante;

2° il a été dressé par un instructeur en vue de répondre aux besoins de la personne dépendante;

3° l'instructeur a délivré une attestation l'identifiant comme animal d'assistance.

Art. 5. Obligations pour conserver la reconnaissance comme animal d'assistance

Pour conserver la reconnaissance comme animal d'assistance, il faut respecter les conditions suivantes :

1° l'animal d'assistance remplit la condition fixée à l'article 4, 1°;

2° l'animal d'assistance passe chaque année, avec la personne dépendante, un test d'aptitude organisé par l'instructeur et le réussit.

Art. 6. Caducité de la reconnaissance comme animal d'assistance

La reconnaissance comme animal d'assistance devient caduque dans les cas suivants :

1° l'Office établit, dans le cadre d'une analyse des besoins, que la personne dépendante ne nécessite plus l'assistance d'un animal d'assistance,

2° la personne dépendante décède, et l'animal continue à vivre auprès de la famille de cette personne.

3° l'animal d'assistance ne remplit plus les conditions fixées à l'article 5 pour le maintien de la reconnaissance.

La caducité de la reconnaissance implique la nullité des droits d'accès mentionnés à l'article 9.

Art. 7. Agrément en tant qu'instructeur

§ 1^{er} - L'agrément en tant qu'instructeur est établi par l'Office.

Le Gouvernement fixe :

1° les conditions d'agrément en tant qu'instructeur;

2° la procédure d'agrément;

3° la procédure de retrait de l'agrément en tant qu'instructeur.

§ 2 - L'agrément en tant qu'instructeur délivré par une autre autorité belge ou étrangère y habilitée est assimilé à l'agrément mentionné au § 1^{er}, alinéa 1^{er}.

Art. 8. Subventionnement d'un animal d'assistance

L'Office subventionne l'utilisation d'un animal d'assistance si :

1° il constate, en application du décret du 13 décembre 2016 portant création d'un Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée, qu'une personne a besoin d'une assistance;

2° ce besoin peut être satisfait par le biais d'un animal d'assistance.

Dans ce cas, le subventionnement comprend au moins le dressage de l'animal d'assistance ainsi que ses soins vétérinaires.

Le Gouvernement fixe le montant et les modalités de ce subventionnement.

Art. 9. Droits d'accès

§ 1^{er} - L'accès aux lieux publics, et notamment aux bâtiments publics, aux lieux et moyens de transport publics ou privés destinés à un usage public, ainsi qu'au lieu de travail doit être garanti aux personnes dépendantes et aux animaux d'assistance qui, dans le cadre de leur mission, accompagnent ces personnes.

L'accessibilité mentionnée à l'alinéa 1^{er} ne peut être conditionnée au paiement d'un droit supplémentaire, à moins que celui-ci ne soit exigé en contrepartie d'un service spécifique économiquement chiffrable.

§ 2 - Le paragraphe 1^{er} vaut également pour l'instructeur dans le cadre du dressage de l'animal d'assistance.

§ 3 - Par dérogation au premier paragraphe, l'accès aux lieux mentionnés au § 1^{er} peut être limité en raison :

1° de dispositions légales, décrétales ou règlementaires allant en ce sens;

2° d'une réglementation spécifique à ces lieux, motivée par des exigences d'hygiène, de sécurité ou de santé publique.

Les restrictions mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 2°, ne sont autorisées que s'il s'agit de zones spécifiquement prévues pour des actes médico-techniques ou des soins, et servant à la préparation d'aliments ou dont l'accès, de manière générale, n'est autorisé qu'aux personnes non chaussées.

Les restrictions doivent être indiquées clairement devant les zones concernées.

Art. 10. Disposition pénale

Toute personne qui, en l'absence d'une dérogation ou d'une restriction justifiée par l'article 9, § 3, refuse l'accès à un lieu public à une personne dépendante ou un instructeur accompagnés d'un animal d'assistance est punie d'une peine d'emprisonnement allant d'un mois à un an et d'une amende allant de 50 à 1 000 euros, ou de l'une de ces peines seulement.

Art. 11. Plaintes

Toute personne dépendante, tout membre de sa famille et tout instructeur se sentant lésé par le non-respect des dispositions du présent décret peut introduire une plainte auprès de l'instance mentionnée à l'article 12 du décret du 19 mars 2012 visant à lutter contre certaines formes de discrimination, cette instance assurant l'instruction et le suivi de cette plainte.

Art. 12. Contrôle de l'utilisation des subsides

Le contrôle de l'utilisation des subsides octroyés s'opère conformément aux dispositions de la loi du 16 mai 2003 fixant les dispositions générales applicables aux budgets, au contrôle des subventions et à la comptabilité des communautés et des régions, ainsi qu'à l'organisation du contrôle de la Cour des comptes.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au Moniteur Belge.

Eupen, le 14 octobre 2019.

O. PAASCH,
Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

A. ANTONIADIS,
Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Santé et des Affaires sociales, de l'Aménagement du territoire et du Logement
I. WEYKMANS,
Ministre de la Culture et du Sport, de l'Emploi et des Médias
H. MOLLERS,
Le Ministre de l'Éducation et de la Recherche scientifique

Session 2019-2020

Documents parlementaires : 22 (2019) n° 1 Projet de décret

22 (2019-2020) n° 2 Proposition d'amendement

22 (2019-2020) n° 3 Projet de décret

22 (2019-2020) n° 4 Texte adopté en séance plénière

Compte rendu intégral : 14 octobre 2019 - n° 4 Discussion et vote

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2019/204910]

14 OKTOBER 2019. — Decreet houdende erkenning van assistentiedieren en betreffende het recht van personen in begeleiding van een assistentiedier om toegang te hebben tot publieke plaatsen

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt:

Artikel 1. Voorwerp

Dit decreet regelt de erkenning van assistentiedieren en de daaruit voortvloeiende subsidiëring, alsook het recht van de personen vermeld in artikel 9 om toegang te krijgen tot publieke plaatsen in de zin van artikel 9, § 1, eerste lid.

Art. 2. Hoedanigheden

De hoedanigheden in dit decreet gelden voor alle geslachten.

Art. 3. Definities

Voor de toepassing van dit decreet wordt verstaan onder:

1° assistentiedier: een dier dat opgeleid werd of wordt om een persoon met ondersteuningsbehoefte te begeleiden en de zelfredzaamheid van die persoon te bevorderen en dat op grond daarvan overeenkomstig artikel 4 erkend is;

2° persoon met ondersteuningsbehoefte: een gebruiker in de zin van artikel 3, 3°, van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

3° instructeur: een persoon die een erkenning overeenkomstig artikel 7 heeft;

4° Dienst voor zelfbeschikkend leven: de Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven.

Art. 4. Erkenning van assistentiedieren

Een assistentiedier wordt als zodanig erkend beschouwd als:

1° het bij de persoon met ondersteuningsbehoefte leeft;

2° het door een instructeur opgeleid is op maat van de ondersteuningsbehoefte van de persoon met ondersteuningsbehoefte;

3° het een door de instructeur afgegeven attest heeft waarmee het als assistentiedier geattesteerd wordt.

Art. 5. Voorwaarden die moeten worden nageleefd om de erkenning als assistentiedier te mogen behouden

Voor het behoud van de erkenning als assistentiedier moeten de volgende voorwaarden worden nageleefd:

1° het assistentiedier vervult de voorwaarde gesteld in artikel 4, 1°;

2° het assistentiedier legt, samen met de persoon met ondersteuningsbehoefte, jaarlijks een door de instructeur georganiseerde geschiktheidstest af en slaagt voor die test.

Art. 6. Verval van de erkenning als assistentiedier

De erkenning als assistentiedier vervalt in de volgende gevallen:

1° de dienst voor zelfbeschikkend leven stelt in het kader van een behoefteanalyse vast dat de persoon met ondersteuningsbehoefte geen assistentie door een assistentiedier meer nodig heeft;

2° de persoon met ondersteuningsbehoefte overlijdt en het dier blijft bij de familie van de overledene wonen;

3° het assistentiedier voldoet niet meer aan de voorwaarden gesteld in artikel 5 om de erkenning te behouden.

Het verval van de erkenning heeft tot gevolg dat het recht van toegang vermeld in artikel 9 ophoudt te bestaan.

Art. 7. Erkenning als instructeur

§ 1 - De erkenning als instructeur wordt afgegeven door de Dienst voor zelfbeschikkend leven.

De Regering bepaalt:

1° de voorwaarden om erkend te worden als instructeur;

2° de erkenningsprocedure;

3° de procedure voor de intrekking van de erkenning als instructeur.

§ 2 - De erkenning als instructeur die door een andere Belgische of buitenlandse daartoe gemachtigde autoriteit werd afgegeven, wordt gelijkgesteld met de erkenning vermeld in paragraaf 1, eerste lid.

Art. 8. Subsidiëring van een assistentiedier

De Dienst voor zelfbeschikkend leven subsidieert hulp door een assistentiedier als:

1° de Dienst voor zelfbeschikkend leven een ondersteuningsbehoefte voor een persoon vaststelt met toepassing van het decreet van 13 december 2016 tot oprichting van een dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor zelfbeschikkend leven;

2° aan die ondersteuningsbehoefte kan worden voldaan met behulp van een assistentiedier.

De subsidiëring omvat in dat geval minstens de training en de medische verzorging van het assistentiedier.

De Regering bepaalt het bedrag en de nadere regels voor de subsidiëring.

Art. 9. Recht van toegang

§ 1 - Personen met ondersteuningsbehoefte en assistentiedieren die in het kader van hun ondersteuningsopdracht personen met ondersteuningsbehoefte begeleiden, hebben recht op toegang tot publieke plaatsen en met name tot openbare gebouwen, tot openbare of private plaatsen en vervoersmiddelen die voor het publiek bestemd zijn en tot de werkplek.

De uitoefening van het recht vermeld in het eerste lid mag niet afhankelijk worden gemaakt van het betalen van een supplement, tenzij als tegenprestatie voor een economisch raambare specifieke dienst.

§ 2 - Paragraaf 1 geldt ook voor de instructeur in het kader van de opleiding van het assistentiedier.

§ 3 - In afwijking van paragraaf 1 kan de toegang tot de plaatsen vermeld in paragraaf 1 beperkt worden op grond van:

1° dienovereenkomstige wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen;

2° een specifieke, voor de betrokken plaatsen geldende regeling om redenen van hygiëne, veiligheid of volksgezondheid.

De beperkingen vermeld in het eerste lid, 2°, zijn alleen toegestaan als het gaat om ruimten die specifiek voor medisch-technische en verpleegkundige activiteiten bestemd zijn, die voor de verwerking van levensmiddelen dienen of die algemeen alleen ongeschoeid betreden mogen worden.

De beperkingen moeten zichtbaar aangebracht zijn vóór de ruimten in kwestie.

Art. 10. Strafbepaling

Elke persoon die een persoon met ondersteuningsbehoefte of een instructeur in begeleiding van een assistentiedier de toegang tot een publieke plaats weigert zonder dat daartoe een door artikel 9, § 3, gerechtvaardigde afwijking of beperking bestaat, wordt gestraft met een gevangenisstraf van één maand tot één jaar en met een geldboete van 50 euro tot 1.000 euro of met één van die straffen.

Art. 11. Klachten

Alle personen met ondersteuningsbehoefte, gezinsleden en instructeurs die zich door de niet-naleving van dit decreet benadeeld voelen, kunnen een klacht indienen bij de instantie vermeld in artikel 12 van het decreet van 19 maart 2012 ter bestrijding van bepaalde vormen van discriminatie; die instantie onderzoekt de klachten en volgt ze op.

Art. 12. Controle van de aanwending van de subsidies

De aanwending van de toegekende subsidies wordt gecontroleerd overeenkomstig de wet van 16 mei 2003 tot vaststelling van de algemene bepalingen die gelden voor de begrotingen, de controle op de subsidies en voor de boekhouding van de gemeenschappen en de gewesten, alsook voor de organisatie van de controle door het Rekenhof.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het
Belgisch Staatsblad wordt bekendgemaakt.

Eupen, 14 oktober 2019.

O. PAASCH,

De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

A. ANTONIADIS,

De Viceminister-President,

De Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting

I. WEYKMANS,

De Minister van Cultuur en Sport, Werkgelegenheid en Media

H. MOLLERS,

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Zitting 2019-2020

Parlementaire stukken: 22 (2019) Nr. 1 Ontwerp van decreet

22 (2019-2020) Nr. 2 Voorstel tot wijziging

22 (2019-2020) Nr. 3 Verslag

22 (2019-2020) Nr. 4 Tekst aangenomen door de plenaire vergadering

Integraal verslag: 14 oktober 2019 - Nr. 4 Bespreking en aanneming